



Statt Milliarden für die Banken – Millionen für die Kommunen! Die Profiteure und Verursacher der Krise sollen zahlen!

Finanznot der Städte und Gemeinden

Fast jede Stadt und jede Gemeinde in Hessen stöhnt unter der Finanznot und der Schuldenlast. Seit Jahren finden so genannte Haushaltskonsolidierungen statt mit gravierenden Folgen für die Bevölkerung:

- Gebühren-, Abgaben- und Steuererhöhungen (hier besonders die Grundsteuer B, sie betrifft (Mieter und kleine Hausbesitzer)).
- Steigender Druck zu Privatisierungen („Verscherbelung des Tafelsilbers“).
- Leistungsabbau bis hin zu Schließungen von z.B. Bibliotheken und Schwimmbäder, Schlaglöcher in den Straßen und auf Fahrradwegen..
- Personalabbau, dort wo Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger angeboten werden.
- Offene und schleichende Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.
- Verschärfung der Sparorgien auf Kosten der sozial Ausgegrenzten, der Arbeitslosen und unteren Einkommensbezieher durch den CDU/FDP-Plan der Schuldenbremse.
- Massive Mieterhöhungen öffentlich geförderter Wohnungen nach Beendigung der Sozialbindung
- Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme

Die Ursachen:

Seit Jahr und Tag betreiben SPD/Grüne, CDU/SPD oder CDU/FDP eine Politik der

- Steuergeschenke für Banken und Konzerne, zulasten der arbeitenden Bevölkerung und nicht zuletzt auch zulasten der Städte und Gemeinden.
- Übertragen von immer mehr Leistungen an die Kommunen, ohne finanzielle Leistung durch Bund und Land (z.B. Kinderbetreuung).
- Privatisierung öffentlicher Aufgaben und damit verbunden
 - die Verteuerung der Dienstleistungen
 - Absenkung des Lohnniveaus
 - Personalabbau
 - Profitmaximierung
- Der Steigerung der Rüstungsausgaben (u.a. im Zuge der neuen NATO Strategie festgeschrieben)

Auszug aus der hessischen Verfassung

Art. 137 [Kommunale Selbstverwaltung]

(1) Die Gemeinden sind in ihrem Gebiet unter eigener Verantwortung die **ausschließlichen Träger der gesamten örtlichen öffentlichen Verwaltung**.

.....

(5) Der Staat hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern. Er stellt ihnen für ihre freiwillige öffentliche Tätigkeit in eigener Verantwortung zu verwaltende Einnahmequellen zur Verfügung.

Die DKP Hessen fordert:

- Entsprechend der Hessischen Verfassung sind den Kommunen die für ihre Arbeit notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.
- Keine weitere Privatisierung öffentlicher Betriebe und Dienstleistungen mit dem Ziel privater Profitmaximierung.
- Re-Kommunalisierung bereits privatisierter Betriebe, die dann einer öffentlichen Kontrolle zu unterstellen sind.
- Keine Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung.
- Den Hartz-IV-Empfängern, Erwerbslosen und vor allem Kindern aus den in Armut lebenden Familien den Zugang zu Bildung, Sport und Kultur zu ermöglichen. Dies muss unter Vermeidung möglicher Stigmatisierung geschehen. **Grundsätzlich gilt jedoch Weg mit Hartz-IV!**
- Den Ausbau von Ganztagschulen mit kostenfreiem Mittagessen. Gute Bildung darf nicht zum Privileg der Reichen werden.
- Bedarfsgerechte Aufstockung der Krippen und Kindergarten/-hortplätze – Bezahlung der dortigen Mitarbeiter entsprechend ihrer gesellschaftlichen Verantwortung.
- Den Erhalt von Büchereien, Schwimmbädern, Theatern und Kleinkunsthöfen und den Verzicht auf überdimensionierte Prunkbauten und Anlagen.
- Bezahlbaren kommunalen Wohnraum, denn Wohnen ist ein Grundrecht!
- Mehr öffentliche und demokratische Mitbestimmung und Kontrolle in den Kommunen.
- Zinsmoratorium für die Kommunen.

Art. 59 [Unterrichtsgeld- und Lernmittelfreiheit; Zugang zu Schulen und Hochschulen]

(1) In allen öffentlichen Grund-, Mittel-, höheren und Hochschulen **ist der Unterricht unentgeltlich. Unentgeltlich sind auch die Lernmittel** mit Ausnahme der an den Hochschulen gebrauchten. Das Gesetz muß vorsehen, daß für begabte Kinder sozial Schwächerer Erziehungshilfen zu leisten sind. Es kann anordnen, daß ein angemessenes Schulgeld zu zahlen ist, wenn die wirtschaftliche Lage des Schülers, seiner Eltern oder der sonst Unterhaltspflichtigen es gestattet.

(2) Der Zugang zu den Mittel-, höheren und Hochschulen ist nur von der Eignung des Schülers abhängig zu machen.

Zur Finanzierung fordert die DKP – Die Verantwortlichen und Profiteure der Krise sollen zahlen

- Vergesellschaftung und demokratische Kontrolle der Banken und Finanzinstitute entsprechend der Hessischen Verfassung.
- Gewinnbesteuerung, gemessen an Umsatz und Produktivität.
- Erhöhung des Spitzensteuersatzes.
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer.
- Verbot von Spekulationsgeschäften.
- Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr und Kürzung des Rüstungshaushaltes um vorerst 20%

**Werdet für diese Forderungen selbst aktiv, beteiligen euch an entsprechenden örtlichen und regionalen Initiativen und Protesten.
Denn wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt!**



Hessen – Die Kommunisten

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.dkp-hessen.de